

Fragen

**für die Fragestunde der 45. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. Mai 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	33, 34	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	38, 39
Carstensen, Peter H. (Nordstrand)	45, 46	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	44
(CDU/CSU)		Michelbach, Hans (CDU/CSU)	23, 24
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	47	Pau, Petra (fraktionslos)	2, 48
Fahrenschon, Georg (CDU/CSU)	14	Pawelski, Rita (CDU/CSU)	28, 29
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	36, 37	Pfeiffer, Sibylle (CDU/CSU)	15
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	20, 21	Piltz, Gisela (FDP)	49, 50
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	3, 4	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	35, 51
Heinrich, Ulrich (FDP)	42, 43	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	16, 17
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	8, 9	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	5, 32
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	18	Tauss, Jörg (SPD)	6, 7
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	54, 55	Vogel, Volkmar Uwe (CDU/CSU)	1
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	30, 31	Voßhoff, Andrea (CDU/CSU)	12, 13
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	40, 41	Wanderwitz, Marco (CDU/CSU)	22
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	10, 11	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) . . .	52, 53
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	19, 27		
Löning, Markus (FDP)	25, 26		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

1. Abgeordneter
Volkmar Uwe Vogel
(CDU/CSU)

Warum fehlt in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 5. Mai 2003 (Nummer 141/03) das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE) 8.2. als wichtige Infrastrukturmaßnahme aus südlicher Richtung nach Leipzig in Ergänzung zum dort genannten VDE 8.3. aus nördlicher Richtung, um damit einen entscheidenden Beitrag der Bundesregierung zur nationalen Aufgabe „Olympia 2012“ zu leisten, obwohl der Fertigstellungstermin 2012 noch möglich ist, wenn bis zum 1. Juli 2003 die Finanzierungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn AG unterschrieben wird?
2. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Wie viele Wohnungen werden nach Kenntnis der Bundesregierung in den neuen Bundesländern bis zum Jahr 2009 im Rahmen des Stadtumbauprogramms abgerissen, und wie gedenkt die Bundesregierung mit der Forderung umzugehen, eine Alt-schuldenentlastung für alle abgerissenen Wohnungen zu gewähren – wie sie beispielsweise vom Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern erhoben wird (vgl. Pressemitteilung 82/03 vom 2. April 2003)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und
Forschung**

3. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

Wie setzt sich die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, anlässlich der Vorstellung des Biotechnologie-Reports 2003 durch eine Unternehmensberatung genannte Summe von über 480 Mio. Euro an staatlichen Förderungsgeldern für Forschungsinstitute der Biotechnologie zusammen (vgl. AP-Meldung vom 7. Mai 2003), und welche staatlichen Gelder stehen der Biotechnologie in diesem Jahr zur Verfügung?
4. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

In welcher Höhe stehen der Biotechnologie darüber hinaus staatliche Gelder in diesem Jahr zur Verfügung, und aus welchen Einzelaufstellungen leitet die Bundesministerin für Bildung und Forschung,

Edelgard Bulmahn, den Vergleich ab, im Jahr 2003 stünden der Biotechnologie doppelt so viel staatliche Fördergelder zur Verfügung wie 1998 (AP-Meldung vom 7. Mai 2003)?

5. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Vakanz von 161 000 Ausbildungsplätzen bundesweit nach den aktuellen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit?*)
6. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD) Haben im Rahmen der Gespräche zu der am 29. April 2003 öffentlich vorgestellten Ausbildungs-offensive von Bundesregierung und Sozialpartnern die von Industrie- und Handels- bzw. Handwerkskammern erhobenen Gebühren für die Registrierung von Ausbildungsplätzen eine Rolle gespielt, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass verschiedene Industrie- und Handels- bzw. Handwerkskammern diese Gebühren deutlich erhöht haben bzw. erhöhen wollen?
7. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD) Welche Auswirkungen haben diese Gebühren, die nach Pressemeldungen (z. B. Berliner Morgenpost vom 28. April 2003) mehrere hundert Euro betragen, aus Sicht der Bundesregierung auf die Ausbildungsbereitschaft der betroffenen Betriebe?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

8. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Welche Akzeptanz hat nach Auffassung der Bundesregierung die Osterweiterung der Europäischen Union in der deutschen Bevölkerung?
9. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um das öffentliche Informationsangebot über die Osterweiterung der Europäischen Union und den Europäischen Konvent zu verbessern?

*) siehe hierzu auch Frage 32

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Welches Auftragsverhältnis besteht zwischen dem früheren Ermittlungsführer, Dr. Burkhard Hirsch, und dem Bundeskanzleramt (vgl. Antwort des Staatsministers beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, auf meine Frage 7 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2003, Plenarprotokoll 15/42, Seite 3444 D), und seit wann? |
| 11. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Erhält oder erhielt Dr. Burkhard Hirsch im Rahmen dieses Auftragsverhältnisses Einsicht in amtliche Akten, und falls ja, ist eine Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz erfolgt? |
| 12. Abgeordnete
Andrea
Voßhoff
(CDU/CSU) | Gedenkt die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem angeblichen Verschwinden von Akten bzw. der Löschung einer Festplatte, ggf. zu Unrecht Beschuldigte (vgl. DIE WELT vom 5. Mai 2003 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, Seiten 1 und 10, vom 15. Mai 2003) zu rehabilitieren bzw. zu entschädigen? |
| 13. Abgeordnete
Andrea
Voßhoff
(CDU/CSU) | Wenn ja, wann und in welcher Form wird das geschehen? |
| 14. Abgeordneter
Georg
Fahrenschon
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung den Umzug des Bundesnachrichtendienstes aus den betroffenen Standortgemeinden im Umkreis von München (Pullach, Haar, Gauting-Stockdorf) nach Berlin wie die Aufgabe von Bundeswehrstandorten zu behandeln (Konversion), und ist geplant, den betroffenen Gemeinden vor dem Hintergrund der notwendigen umfangreichen planerischen Aufgaben finanzielle Unterstützung zur Erstellung der Nachfolgeplanungen zu gewähren? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|--|
| 15. Abgeordnete
Sibylle
Pfeiffer
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, dass in der chinesischen Stadt Harbin mehrere Anhängerinnen der Falun-Gong-Bewegung in einem Drogenentzugszentrum an der Yi-Man-Straße 66 |
|---|--|

im Bezirk Nan-Gan inhaftiert sind und dort menschenrechtswidrig der Folter ausgesetzt werden, und wenn ja, in welcher Form spricht sie dieses Problem in ihren Kontakten mit der chinesischen Regierung an?

16. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU)

Haben die Vertreter der Bundesregierung zum Entwurf zu Artikel 12 zu Teil II des Verfassungsvertrages, wonach die „Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt, Aufenthaltserlaubnisse und Familienzusammenführung“ durch Gesetze und Rahmengesetze in qualifizierter Mehrheit festgelegt werden sollen, der aber keine klare Kompetenzabgrenzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt enthält, Änderungsanträge gestellt, und wenn nein, warum nicht?

17. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung zum Entwurf zu Artikel 12 zu Teil II des Verfassungsvertrages noch Änderungsanträge zu stellen, und wenn ja, welchen Inhalts?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

18. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)

Gibt es bei der Bundesregierung Überlegungen oder Planungen, rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern, insbesondere auch solchen, die durch Passvernichtung oder sonstige Identitätsverschleierung, Ausreise- oder Abschiebungshindernisse geschaffen haben, die staatlichen Zuwendungen zu kürzen?

19. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Welche Haltung nimmt der Bundesminister des Innern, Otto Schily, zu den innenpolitischen Teilen (Asyl-, Visa-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik) der gegenwärtigen Beratungen des europäischen Verfassungskonvents ein, und wird seine Auffassung auch von der Bundesregierung in den laufenden Konventsverhandlungen eingebracht?

20. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)

Welche Einheiten des Bundesgrenzschutzes wurden am 30. April/1. Mai 2003 zur Unterstützung der Polizei nach Berlin entsandt, und wo sind diese jeweils eingesetzt worden?

- | | |
|---|--|
| 21. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU) | Wie lautete das von Polizeiführung und Innensenator ausgegebene Einsatzkonzept für die abgeordneten Einheiten des Bundesgrenzschutzes am 30. April und 1. Mai 2003 in Berlin, und war es mit der Bundesregierung abgestimmt? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|--|
| 22. Abgeordneter
Marco Wanderwitz
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Deutsche Post AG im Januar 2002 eine Briefmarke mit einem „Graffiti“-ähnlichen Motiv unter dem Titel „Für mehr Toleranz“ herausgegeben hat, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Umgang mit der Thematik „Graffiti“, dies auch unter dem Gesichtspunkt der dazu im Deutschen Bundestag in den letzten Wochen erfolgten Lesungen diverser Gesetzentwürfe zu dieser Thematik? |
| 23. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Welche Konsolidierungsmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung aufgrund des Ergebnisses der Steuerschätzung vorzunehmen? |
| 24. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Bis zu welchem Zeitpunkt sieht sich die Bundesregierung in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und mit welchen konkreten Maßnahmen soll dieser erreicht werden? |
| 25. Abgeordneter
Markus Lönning
(FDP) | Auf welche Bezirks- und Senatsverwaltungen bezieht sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP „Bundesliegenschaften auf dem Gebiet des Landes Berlin“ auf Bundestagsdrucksache 15/875, insbesondere der Antwort auf die Fragen 10 und 11, in der es heißt: „... Nicht immer gelingt es, den Abstimmungsprozess zwischen den beteiligten Ämtern auf Bezirksebene und Hauptverwaltung kurzfristig durchzuführen und dabei Planungsvorstellungen von Investoren Rechnung zu tragen. Die Folge ist ein erlahmendes Interesse am Erwerb bundeseigener Grundstücke und das Ausbleiben weiterer Investitionen.“? |

- | | |
|---|---|
| 26. Abgeordneter
Markus
Löning
(FDP) | Wie viele Investitionen in welcher Gesamthöhe sind dem Bund aufgrund der in Frage 25 geschilderten Tatsachen verloren gegangen? |
| 27. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung gesetzliche Regelungen zur Flexibilisierung der Beschäftigungsbedingungen für Beamte bei den privatisierten Staatsunternehmen, und welche Schwerpunkte soll eine solche Novelle des Postpersonalrechtsgesetzes haben? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Arbeit**

- | | |
|--|---|
| 28. Abgeordnete
Rita
Pawelski
(CDU/CSU) | Welche Ursache hat die Erhöhung der Insolvenzgeld-Umlage im Jahr 2003 für kleinere und mittlere Betriebe? |
| 29. Abgeordnete
Rita
Pawelski
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für das Insolvenzgeld zu erhöhen, um so eine Steigerung der Insolvenzgeld-Umlage zu vermeiden und nicht weitere Betriebe zusätzlich zu belasten? |
| 30. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Maßnahmen bzw. Ausbildungsplätze in diesem Jahr durch die Finanzausstattung der BA im Bereich der Erstausbildung für benachteiligte Jugendliche sowie Behinderte in den einzelnen Bundesländern gefährdet sind? |
| 31. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, durch einen erhöhten Finanzausschuss an die BA oder durch eine direkte Unterstützung freier Träger die berufliche Erstausbildung und die Erstausbildung für benachteiligte Jugendliche sowie Behinderte zu sichern, und wenn ja, in welcher Höhe? |

- | | |
|---|--|
| 32. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU) | Wann wird die Bundesregierung einen Entwurf der Rechtsverordnung nach den §§ 84 und 85 Drittes Buch Sozialgesetzbuch für die Zertifizierung von Weiterbildungsträgern und Maßnahmen vorlegen?*) |
| 33. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU) | Wie soll in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, in denen, wie in den neuen Bundesländern, auf eine offene Stelle bis zu 30 arbeitssuchende Arbeitslose kommen, die von der BA geforderte Verbleibquote von 70 % für Weiterbildungsmaßnahmen erreicht werden? |
| 34. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU) | Erscheint es aus Sicht der Bundesregierung notwendig, für strukturbenachteiligte Regionen mit Mitteln der BA „Bildung auf Vorrat“ zu ermöglichen, um die Humankapitalausstattung dieser Regionen für potentielle Ansiedlungsvorhaben zu ertüchtigen? |
| 35. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU) | Wie viele Jobs im Niedriglohnbereich zwischen 401 bis 800 Euro sind nach Kenntnis der Bundesregierung neu entstanden?**) |
| 36. Abgeordneter
Erich G. Fritz
(CDU/CSU) | Stützt sich Bundeskanzler Gerhard Schröder bei seinem in Singapur in Aussicht gestellten bilateralen Freihandelsabkommen zwischen der EU und ASEAN (vgl. Handelsblatt vom 14. Mai 2003) auf gesicherte Zusagen bzw. Vereinbarungen aus Brüssel, und wenn nein, wie begründet der Bundeskanzler seinen Vorstoß für eine EU-ASEAN-Handelsinitiative ab 2004? |
| 37. Abgeordneter
Erich G. Fritz
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Vorstoß für ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen der EU und ASEAN im Widerspruch steht zu dem von der Bundesregierung normalerweise deklarierten Ziel einer weiteren Liberalisierung des Welthandels auf multilateraler Ebene und des Ausbaus des multilateralen Handelssystems, und wenn nein, wie beurteilt sie diese Einschätzung? |

*) siehe hierzu auch Frage 5

**) siehe hierzu auch Frage 51

- | | |
|--|---|
| 38. Abgeordnete
Dr. Gesine
Löttsch
(fraktionslos) | Wie viele Anträge wurden in den Bundes-Förderprogrammen für Existenzgründer in den jeweiligen Bundesländern vom 1. Januar 2002 bis zum 31. März 2003 gestellt? |
| 39. Abgeordnete
Dr. Gesine
Löttsch
(fraktionslos) | Wie viele dieser Anträge wurden in den jeweiligen Bundesländern bewilligt? |
| 40. Abgeordneter
Bernhard
Kaster
(CDU/CSU) | Wann startet die Bundesregierung eine bundesweite Arbeitsmarktkampagne mit dem Titel „Teamarbeit für Deutschland“ (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15. Mai 2003), und welche Kosten sind damit insgesamt sowie insbesondere mit der Auftaktveranstaltung verbunden? |
| 41. Abgeordneter
Bernhard
Kaster
(CDU/CSU) | Welche Protagonisten aus dem gesellschaftlichen Bereich unterstützen diese Aktion, und werden dafür Honorare bezahlt? |
| 42. Abgeordneter
Ulrich
Heinrich
(FDP) | Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung zum EU-Regulierungsvorschlag zur Vermeidung von Handelsumlenkungen bei bestimmten grundlegenden Arzneimitteln (Ratsdok. 14113/02), insbesondere in Bezug auf die unterschiedlichen Prozentangaben, die die Preise für Medikamente beim Verkauf in den betroffenen Ländern regeln sollen (Annex 3 des Ratsdok.)? |
| 43. Abgeordneter
Ulrich
Heinrich
(FDP) | Welche Verhandlungsposition will die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass sowohl viele Generika als auch einige Originalpräparate aufgrund von freiwilligen Preisnachlässen durch die Hersteller bereits unter der verhandelten Preisschwelle erhältlich sind, einnehmen? |
| 44. Abgeordneter
Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU) | Fühlt sich die Bundesregierung bei der Genehmigung von Exporten von Dual-Use-Gütern nach China nach wie vor an die Entschließung des Deutschen Bundestages auf Bundestagsdrucksache 11/4790 vom 15. Juni 1989 gebunden? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

45. Abgeordneter
**Peter H.
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)** Wie beurteilt die Bundesregierung das zusätzlich zum Sommerfangverbot für Dorsch in der Ostsee von der Europäischen Kommission verhängte Fangverbot ab dem 15. April 2003?
46. Abgeordneter
**Peter H.
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)** Welche Auswirkungen wird das Fangverbot nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Situation der Ostseefischerei und der Fischereigenossenschaften haben?
47. Abgeordnete
**Gitta
Connemann
(CDU/CSU)** Sieht die Bundesregierung angesichts der Erhöhung des Infektionsrisikos und der damit verbundenen Vergrößerung der Gefahr von Ausbrüchen der Schwarzkopfkrankheit beim Geflügel (Mortalitätsraten von 70 bis 90 %), die infolge des Verbots des Einsatzes des Futtermittelzusatzstoffes Nifursol (Mittel zur therapeutischen Behandlung der Schwarzkopfkrankheit und Prophylaktikum) zum 31. März 2003 drohen, Handlungsbedarf, und wenn nein, wie rechtfertigt sie dies im Hinblick auf die sich daraus ergebenden Folgen für die Tiere unter den Gesichtspunkten des Tierschutzes?
48. Abgeordnete
**Petra
Pau
(fraktionslos)** Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung, die Festlegung in der Koalitionsvereinbarung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Viehbestände in den neuen Ländern zu erhöhen, umzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und
Soziale Sicherung**

49. Abgeordnete
**Gisela
Piltz
(FDP)** Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, wenn nach einem Jahr festgestellt werden sollte, dass die Kosten, die den Kommunen durch die Einführung der Grundsicherung entstanden sind, durch die Pauschale von 409 Mio. Euro nicht vollständig gedeckt werden können?

50. Abgeordnete
Gisela Piltz
(FDP)
- Was wird die Bundesregierung zukünftig ändern, wenn ein neues Bundesgesetz erlassen werden soll, dass die Kommunen in gleicher Weise belastet, wie es durch das Grundsicherungsgesetz passiert ist?
51. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU)
- Wie viele so genannte Minijobs wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 1. April 2003 der Bundesknappschaft gemeldet, die unter 400 Euro liegen, und wie viele davon sind nach Kenntnis der Bundesregierung für Beschäftigte in Privathaushalten gemeldet?*)
52. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Aufgrund welcher gesundheitspolitischen Überlegungen und indikationsbezogenen Bewertungen gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 6 Satz 2 des Entwurfs eines Gesetzes über die Verordnungsfähigkeit von Arzneimitteln in der vertragsärztlichen Versorgung (Bundestagsdrucksache 15/800) hat die Bundesregierung der Aufnahme von Wirkstoffen zur Behandlung der erektilen Dysfunktion – zum Beispiel des Wirkstoffs Sildenafil (ATC-Code G04BE03), der in dem Fertigpräparat Viagra enthalten ist – in die Arzneimittel-Positivliste in der Anlage des Gesetzes vor dem Hintergrund der Tatsache zugestimmt, dass andere in der bisherigen Praxis ärztlicher Verordnung häufig vorkommende Wirkstoffe zur Behandlung weit verbreiteter Krankheiten – wie zum Beispiel die mukolytischen Wirkstoffe Ambroxol (ATC-Code R05CB06) oder Acetylcystein (ATC-Code R05CB01) in der kinderärztlichen Behandlung – nicht in der Arzneimittel-Positivliste enthalten sind?
53. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Welche Kosten ergeben sich pro Jahr nach Einschätzung der Bundesregierung für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) aus dem Umstand, dass Wirkstoffe zur Behandlung der erektilen Dysfunktion erstattungsfähig zu Lasten der GKV werden?
54. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Arbeitsämter Pflichtleistungen zur Teilhabe von Menschen am Arbeitsleben, wie etwa das Eingangsverfahren in Werkstätten für behinderte Menschen, zurückhalten?

*) siehe hierzu auch Frage 35

55. Abgeordneter
**Hubert
Hüppe**
(CDU/CSU)

Wie plant die Bundesregierung sicherzustellen, dass die zuständigen Landesarbeitsämter über ausreichende Mittel verfügen, um Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und beruflichen Rehabilitation behinderter Menschen zu finanzieren, auf die Menschen mit Behinderungen einen Rechtsanspruch haben?

